

presse

Folgen des Klimawandels werden zur Fluchtursache

Bärbel Kofler, Sprecherin der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Der Klimawandel wird weltweit in den nächsten 35 Jahren bis zu 200 Millionen Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Um dies zu verringern, muss die Klimakonferenz in Paris vom 30. November bis 11. Dezember einen wirksamen Plan zum Eindämmen des Klimawandels vorlegen.

„So widersprüchlich es klingt: Millionen von Menschen werden vor zu viel oder wegen zu wenig Wasser flüchten müssen. Im Mekong-Delta wie auch in Bangladesch werden je zehn bis fünfzehn Millionen Menschen vor ansteigenden Wassermassen fliehen. Andererseits sprechen jüngste UN-Schätzungen davon, dass in der Sahel-Zone in den kommenden Monaten bis zu 700.000 Kinder auch aufgrund von ausbleibenden Regenfällen und dadurch verursachten dramatischen Ernteausfällen ohne Hilfe verhungern werden.

Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es, den durch die Folgen des Klimawandels gefährdeten und bereits schon aktuell betroffenen Menschen zu helfen und Lebensperspektiven aufrecht zu erhalten beziehungsweise neue zu schaffen. Gerade deshalb muss die Klimakonferenz zu guten und wirksamen Ergebnissen kommen. Um negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu begrenzen, muss das Zwei-Grad-Ziel erreicht werden.

Damit die Folgen des Klimawandels nicht existenzbedrohend werden, ist für die Entwicklungspolitik eine ausreichende Finanzierung notwendig. Wir begrüßen die gerade beschlossenen 700 Millionen Euro für 2016 zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Doch auch durch den zu erwartenden Anstieg an Klimaflüchtlingen, müssen die Mittel international erhöht und im Sinne einer kontinuierlichen Arbeit langfristig zugesichert werden. Es ist daher dringender

denn je, dass das Jahrzehnte alte Versprechen der Industrieländer, 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungspolitik auszugeben, endlich schnell eingehalten wird.“